

# Kommt es jetzt zum Schnellverfahren?

«Stop F-35»-Initiative Das Begehren gegen den Kampffjet ist mit mehr als 120'000 Unterschriften eingereicht worden. Doch kann das Volk überhaupt noch rechtzeitig darüber abstimmen? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Beni Gafner und  
Markus Häfliger

## — Was fordert die Initiative genau?

Am 30. Juni 2021 hat der Bundesrat aus vier Kampffjet-Anbietern die F-35 der US-Firma Lockheed Martin ausgewählt. Die Regierung will 36 Jets für über 6 Milliarden Franken kaufen. Der Ständerat hat dem Kauf im Juni 2022 bereits zugestimmt, der Nationalrat berät das Geschäft in der Septembersession. Ein links-grünes Bündnis unter Führung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) will den Kauf aber per Volksinitiative verhindern. Gestern Dienstag hat es seine Initiative mit gut 120'000 Unterschriften eingereicht. Die Volksinitiative will die Bundesverfassung um folgende Bestimmung ergänzen: «Der Bund beschafft keine Kampfflugzeuge des Typs F-35.»

## — Warum ist die Initiative für Verteidigungsministerin Viola Amherd ein Problem?

Die Offerte der USA ist nur noch bis Ende März 2023 gültig, also noch sieben Monate. In der Regel vergehen zwischen Einreichung einer Volksinitiative und Abstimmung drei bis vier Jahre. Das ist für Verteidigungsministerin Viola Amherd ein Problem: Sie warnt, dass die Schweiz nach Ablauf der Frist die Vertragskonditionen mit den USA neu verhandeln müsste. Weil nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs mehrere Staaten ebenfalls F-35 kaufen möchten, drohe der Kauf erstens wesentlich teurer zu werden. Zweitens drohe die Schweiz bei der Auslieferung der Kampfflieger hinter andere Abnehmerstaaten zurückzufallen.

## — Wäre eine Abstimmung im Expressverfahren vor Ende März 2023 möglich?

Technisch und rechtlich ist es unter Einhaltung aller gesetzlichen Fristen zumindest in der Theorie möglich. Allerdings würde dies von der Bundeskanzlei, vom Verteidigungsdepartement und vom Parlament einen beispiellosen Kraftakt erfordern. Abgesehen von allen praktischen Problemen stellt sich die Frage: Soll man für eine solche Initiative eine solche Ausnahme machen?

Viele bürgerliche Politiker sind dagegen, weil das Volk im September 2020 im Grundsatz bereits einmal über den Kauf neuer Kampffjets abgestimmt hat. Die Initianten finden dagegen, der Abstimmungsausgang sei mit 49,9 Prozent Nein-Stimmen äusserst knapp gewesen. SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf (ZH) sagte gestern: «Wäre damals bekannt gewesen, dass der US-Tarnkappenbomber F-35 gekauft werden soll, hätte das Stimmvolk Nein gesagt.» Und GSoA-Sprecherin Anja Gada fordert schlicht: «Das Volk muss über das grösste Rüstungsprojekt aller Zeiten abstimmen können.» Die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände bezeichnet die Initiative als Zwängerei und undemokratisch, weil die Initianten die Volksabstimmung vom September 2020 ausser Acht liessen. Die Offiziere fordern den Nationalrat auf, es dem Ständerat gleichzutun und den Bundesrat in der Herbst-



Die Volksinitiative «Stop F-35» ist mit 120'000 Unterschriften eingereicht worden: Initianten gestern in Bern. Foto: Fabrice Coffrini (AFP)

session zu ermächtigen, die 36 F-35 umgehend zu beschaffen.

## — Wie genau wäre eine rasche Volksabstimmung möglich?

Die Initianten legen einen detaillierten Zeitplan vor, der – wie eine Nachprüfung dieser Zeitung belegt – mit allen gesetzlichen Vorschriften und Fristen kompatibel wäre. Dieser Plan erfordert aber von zahlreichen Stellen einen nie da gewesenen Sondereffort:

Die Bundeskanzlei soll innert Wochenfrist das Zustandekom-

men der Initiative erklären – das wäre viel schneller als üblich.

Am 17. oder spätestens am 24. August müsste der Bundesrat hernach die Botschaft zur Initiative an das Parlament weiterleiten – auch das funktioniert nur, wenn Viola Amherd bereit (und entsprechend vorbereitet) ist, der Gesamtregierung diese Botschaft derart schnell vorzulegen.

Dann muss auch das Parlament mitspielen: Die Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte müssten den Antrag des

Bundesrats bis Mitte September vorberaten.

National- und Ständerat müssten das Geschäft in der Herbstsession, die bereits am 12. September beginnt, behandeln. Eine Behandlung erst in der Winter session wäre bereits zu spät. Dafür muss das Parlament bereit sein, die Initiative im Sonderverfahren in beiden Kammern in der gleichen Session zu traktandieren – was einen Beschluss der sogenannten Koordinationskonferenz des Parlaments erfordert.

Erst dann könnte der Bundesrat den Abstimmungstermin zur «Stop F-35»-Initiative auf den 12. März festlegen. Dieser Entscheid muss aufgrund der gesetzlichen Fristen spätestens am 9. November fallen.

Wenn Volk und Stände die Initiative am 12. März 2023 ablehnen, könnte Bundesrätin Viola Amherd den Kaufvertrag mit den USA vor Ablauf der Offertfrist Ende März unterschreiben.

## — Müssen Bundesrat und Parlament nicht alles tun, um eine rechtzeitige Abstimmung zu ermöglichen?

Nein. Der Bundesrat sagt – und alle namhaften Rechtsexperten sehen das gleich –, dass eine Volksinitiative bis zu ihrer allfälligen Annahme durch das Volk keine rechtliche Vorwirkung entfaltet. Die Frage, ob der Bund die rechtzeitige Abstimmung entgegen allen Gepflogenheiten ermöglichen soll, ist also rein politisch. Am Dienstag gab es dazu vonseiten des Bundesrats keine Stellungnahme.

## — Was sagte der Bundesrat bisher?

In seiner Armeebotschaft zum Kauf der Jets versprach der Bundesrat noch am 16. Februar 2022:

«Der Bundesrat wird die Verträge nicht vor einem allfälligen Scheitern der Volksinitiative im Sammelstadium, einem Rückzug der Volksinitiative oder einer Ablehnung an der Urne unterzeichnen.» Inzwischen ist er von dieser Linie abgerückt. Im Juni beantragte Amherd im Bundesrat erfolgreich, den Kaufvertrag für die neuen Jets bis März 2023 zu unterzeichnen – und eine allfällige Volksabstimmung über die damals noch nicht eingereichte «Stop F-35»-Initiative nicht abzuwarten.

## — Was passiert nun?

Nach dem Ständerat wird auch der Nationalrat mit der bürgerlichen Mehrheit von SVP, FDP, Mitte und GLP Ja sagen zum Kauf des neuen Kampffjets. Die Ständeratsmehrheit und die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats machen Druck auf den Bundesrat, den Kaufvertrag mit den USA unmittelbar nach dem Parlamentsentscheid zu unterzeichnen. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies so geschehen wird, ist derzeit gross. Denkbar ist aber auch, dass der Bundesrat alles daransetzt, eine rasche Abstimmung über die Initiative zu ermöglichen – und dass diese Absicht danach aber durch das Parlament durchkreuzt wird.

## — Was passiert, wenn die Volksabstimmung erst nach Unterzeichnung der Verträge stattfindet?

Das würde den Kauf nicht mehr rückgängig machen, sagte Verteidigungsministerin Viola Amherd im Mai an einem Podiumsgespräch dieser Zeitung in Bern. Das Kaufverbot, so führte Amherd aus, würde dann nur für eine allfällige zweite Tranche von Flugzeugen gelten.

## Covid: 18'204 neue Fälle seit letzter Woche gemeldet

**Pandemie** Dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) sind gestern innerhalb von sieben Tagen 18'204 neue Coronavirus-Ansteckungen in der Schweiz und in Liechtenstein gemeldet worden. Zudem registrierte das BAG 14 neue Todesfälle und 200 Spitaleinweisungen.

Vor einer Woche hatte das BAG noch Meldungen über 21'817 bestätigte Neuinfektionen, 327 Spitaleintritte und 25 Todesfälle erhalten. Damit sind die Fallzahlen innert Wochenfrist um 16,6 Prozent gesunken. Die Spitaleinweisungen nahmen im Vergleich zur Vorwoche um 38,8 Prozent ab.

Derzeit befinden sich in den Spitälern 568 Personen in Intensivpflege. Die Auslastung der Intensivstationen beträgt zurzeit 73 Prozent. 4,8 Prozent der verfügbaren Betten werden von Covid-19-Patienten belegt.

Auf 100'000 Einwohner wurden in den vergangenen vier Wochen 118,35 laborbestätigte Coronavirus-Infektionen gemeldet.

69,3 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz sind mittlerweile vollständig geimpft. Weitere 1 Prozent haben eine erste Dosis erhalten. Von der Gesamtbevölkerung haben 44,2 Prozent auch eine Booster-Impfung erhalten.

In den vergangenen sieben Tagen wurden dem BAG 56'299 neue Corona-Tests gemeldet. Seit Beginn der Pandemie gab es insgesamt 4'012'607 laborbestätigte Fälle von Ansteckungen mit dem Coronavirus, 57'233 Personen mussten im Spital behandelt werden und 13'574 Personen starben in Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung. (sda)

## Im Juli gab es mehr Asylgesuche

**Migration** Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz ist im Juli sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr gestiegen. Die meisten Gesuche stammen von Menschen aus Afghanistan, der Türkei und Eritrea.

1784 Asylgesuche wurden im Juli insgesamt registriert, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) am Dienstag mitteilte. Das sind 58 Menschen oder 3,4 Prozent mehr als im Juni und 412 Personen mehr als im Juni 2021.

1126 Personen haben die Schweiz im Juni dieses Jahres kontrolliert verlassen oder wurden in ihr Herkunftsland oder in einen Drittstaat rückgeführt. Gleichzeitig wurde die Schweiz von anderen Staaten des Dubliner Übereinkommens um Übernahme von 277 Personen ersucht, und 89 Personen wurden in die Schweiz überstellt.

Nachdem der Bundesrat am 12. März den Schutzstatus S zur Aufnahme schutzbedürftiger Menschen aus der Ukraine aktiviert hatte, registrierten sich im Juli 2740 Personen für ein Gesuch in den Bundesasylzentren.

Im selben Zeitraum wurde 2724 Personen der Schutzstatus S gewährt. Bei 135 Schutzsuchenden Personen wurde er verweigert, weil die Kriterien nicht erfüllt waren. Insgesamt haben bis Ende Juli 57'282 Personen den Schutzstatus S erhalten.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine sind über 14 Millionen Menschen vor dem Krieg geflohen, davon gemäss Uno über 60'000 in die Schweiz. (sda)

## Kommentar

### Lasst uns im März abstimmen

Sie haben sich viel Zeit gelassen. Ende Mai hatten die Gegner des F-35-Kampffjets die Unterschriften für die Initiative zusammen. Eingereicht wurden sie erst jetzt. Das Herausögern genau bis zum Ende der politischen Sommerpause war unnötig. Fakt ist aber, dass mehr als 120'000 Schweizerinnen und Schweizer ein zweites Mal über dieses milliardenteure Rüstungsgeschäft abstimmen wollen. Und zwar so, dass die Abstimmung nicht nur für die Galerie ist.

Das Problem ist der Zeitplan: Das Stimmvolk muss entscheiden, bevor der Bundesrat den Kaufvertrag unterschreibt. Danach kann das Geschäft nicht mehr gestoppt werden. Ende März 2023 wiederum läuft die US-Offerte für die F-35 aus. Will der Bundesrat später unterschreiben, müssen die Konditionen wohl neu ausgehandelt werden. Jahrelange Verzögerungen und Mehrkosten sind wahrscheinlich. Dieses Risiko einzugehen, wäre fahrlässig.

Die Initiative wurde zeitlich gerade noch so eingereicht, dass mit grossem Einsatz von Verwaltung und Parlament eine Abstimmung am 12. März 2023 möglich ist. Diese Chance sollte genutzt werden.

Mit einer schnellen, zweiten Abstimmung kann der Bundesrat fast nur gewinnen. Die Sicherheitslage hat sich komplett verändert. Es herrscht Krieg in Europa. Vor diesem Hintergrund dürfte es nicht schwer sein, eine Mehrheit der Bevölkerung ein zweites Mal vom Kampffjetkauf zu überzeugen.

Beendet würde damit auch die Debatte, ob das Volk die F-35 wirklich will. Vor zwei Jahren hat es sich nur zu den Beschaffungskosten, nicht aber zum Flugzeugtyp äussern dürfen. Das Ja war zudem mit 50,1 Prozent extrem knapp.

Luca De Carli